

**Rede
der Sprecherin für Jugendpolitik**

Annette Schütze, MdL

zu TOP Nr. 14

Abschließende Beratung

**Kinder und Jugendliche in seelischen Krisen jetzt
besser unterstützen - Zugang zu Therapieangeboten
erleichtern, Versorgungslücken schließen,
Wartezeiten verkürzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/10727

während der Plenarsitzung vom 17.05.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

in einem Punkt sind wir uns – da bin ich mir sicher – alle einig: Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist ein wichtiges Thema, das nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie einer neuen politischen Bewertung bedarf und Antworten erforderlich macht. Wie diese Antwort aussehen sollte, dazu gibt es jedoch offensichtlich – das macht dieser Antrag der Grünen deutlich – unterschiedliche Meinungen und Ansätze. In der vergangenen Woche hat der Gesundheitsausschuss auf seiner Delegationsreise nach Dänemark das dortige System der Gesundheitsversorgung kennengelernt und diskutiert. Ein wichtiger Unterschied Dänemarks zu unserem System ist die Finanzierung der Gesundheitsversorgung aus steuerlichen Mitteln. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner erhält eine Identifikationsnummer und ist automatisch über den Staat versichert. Die wesentliche Säule der Versorgung ist das Hausarztprinzip. Der Hausarzt entscheidet darüber, welche weiteren Schritte in der Behandlung gegangen werden sollen. Welcher Facharzt hinzugezogen werden muss.

Warum spreche ich an dieser Stelle über das dänische Gesundheitssystem? Weil wir auch hier in Deutschland tiefgreifende Veränderungen vornehmen müssen, wenn wir unseren hohen medizinischen Standard beibehalten wollen. Dies gilt für die Krankenhauslandschaft ebenso, wie für die Versorgung mit Haus- und Fachärzten, und eben auch für die psychotherapeutische Betreuung.

Anrede,

dass sich grundsätzlich etwas ändern muss, wissen wir nicht erst seit gestern. Die Enquetekommission Gesundheitsschutz hat sich eingehend mit der Thematik befasst. Im Endbericht wurde die Lage umfassend beschrieben. Lösen können wir jedoch nur Probleme, die auf der Landesebene angesiedelt sind – und das betrifft leider nur einen kleinen Teil der Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind. Im gesamten Bundesgebiet müssen wir feststellen, dass lange Wartezeiten auf einen Therapieplatz für Kinder und Jugendliche, wie auch für Erwachsene, eher die Regel als die Ausnahme sind. Gleichzeitig steigen die Bedarfe – auch deshalb, weil psychische Erkrankungen heute weniger stigmatisiert werden. Auch wenn psychotherapeutische Behandlungen in Deutschland noch nicht so häufig genutzt werden, wie beispielsweise in den USA, setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass psychische Erkrankungen kein Grund zur Scham sind. Das erleichtert es den Betroffenen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das ist gut so!

Anrede,

wer Hilfe sucht, muss aber auch Hilfe finden! Das gilt für die Psyche genauso wie für einen gebrochenen Arm. Und für Kinder muss dieses Prinzip erst recht gültig

sein! Daher möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der Grünen danken, dass sie uns Gelegenheit gegeben haben, das Thema ausführlich zu diskutieren.

Allerdings sind die aufgestellten Forderungen aus unterschiedlichen Gründen kaum umsetzbar. Zudem suggerieren sie, dass das Land Niedersachsen in den letzten Jahren „auf dem Baum geschlafen hätte“!

Das ist aber mitnichten der Fall: Als Reaktion auf die Copsy-Studie, die erste Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Corona Pandemie auf die Psyche von Kindern und Jugendlichen gibt, hat das Land das Aktionsprogramm „Startklar in die Zukunft“ aufgelegt. Zudem gibt es zahlreiche Anlaufstellen, die Beratung für Kinder und Jugendliche anbieten. Ein Beispiel ist die „Nummer gegen Kummer“. Außerdem wurden die Kinderschutzzentren eingerichtet, deren Anzahl gerade auf einen sechsten Standort in Braunschweig erweitert wurde.

Die Forderung, mehr Medizinstudienplätze schaffen zu wollen, greift auch nicht, da wir mehr *Psychotherapeuten* benötigen. Denn sie sind es, die therapieren. Sie benötigen dafür aber kein Medizinstudium!

Ich will an dieser Stelle nicht auf alle Forderungen eingehen. Sie bringen uns dem Ziel der Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung jedenfalls nicht wirklich näher.

Sie suggerieren, dass in Niedersachsen gar nichts zur Verbesserung der Lage passiert. Das stimmt so nicht! Grundsätzlich steht für mich fest: Wenn wir nicht nur Symptome bekämpfen wollen, dann brauchen wir ein Umdenken in der Bedarfsplanung und vielleicht sogar ein anderes Gesundheitssystem.

Es muss geklärt werden, wie wir in Zukunft die Gesundheitsversorgung in Deutschland sicherstellen wollen. In Dänemark haben wir dazu Ansätze diskutiert und Anregungen aufnehmen können. Diese Diskussion muss aber in Berlin geführt werden! Die Ampelkoalition hat die psychotherapeutische Bedarfsplanung bereits im Koalitionsvertrag aufgenommen. Und bearbeitet dieses Thema!

Auf Landesebene wird es die Aufgabe der nächsten Regierung in der kommenden Legislaturperiode sein, die Handlungsansätze aus der Enquetekommission für die Versorgung in Niedersachsen umzusetzen und den Bund nachdrücklich darauf hinzuweisen und zu klären, wie die Bedarfe gedeckt und finanziert werden können, und dafür geeignete Maßnahmen zu finden. Der Antrag der Grünen bringt uns an dieser Stelle leider nicht weiter, deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

Vielen Dank!